



Antrag

der Fraktion CDU

Sicherheit gewährleisten - Personalabbau bei der Polizei stoppen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den von ihr geplanten Stellenabbau bei der Landespolizei nicht umzusetzen und im Haushaltsplan für das Jahr 2015 sowie in den Haushaltsplänen für die kommenden Jahre einen Personalbestand mindestens auf bestehendem Niveau einzuplanen.

Begründung:

Die Belastung der Landespolizei hat in den letzten Jahren stetig zugenommen.

Die aktuelle Überstundensituation bei den Beamtinnen und Beamten der Landespolizei ist nur ein Indikator dafür, dass schon die derzeitige Personalausstattung eine Aufgabenerledigung innerhalb der Belastungsgrenzen kaum zulässt.

Eine weitere Reduzierung der Personalstellen ist sowohl aus Sicht der Beamtinnen und Beamten, als auch im Hinblick auf die Sicherheitsstruktur im Land nicht zu verantworten. Schon heute ist die Polizeidichte in Schleswig-Holstein niedriger, als in fast allen anderen Bundesländern.

Im Vergleich zum Jahr 2003 hat sich die Anzahl der erfassten Wohnungseinbruchdiebstähle von rund 5.100 auf rund 7.500 erhöht. Die Zahl der aufgeklärten Fälle ist jedoch mit rund 770 fast gleich geblieben. Die Aufklärungsquote ist kontinuierlich gesunken und lag 2013 mit 10,2 Prozent auf einem Tiefststand. Der Schaden allein durch die genannten Delikte hat sich im gleichen Zeitraum von 9 Millionen auf 17 Millionen Euro fast verdoppelt.

Allein dieses Beispiel macht deutlich, dass schon die bestehenden Sicherheitsstrukturen den steigenden Anforderungen kaum folgen können. Die Zunahme von Delikten in weiteren ermittlungintensiven Bereichen, etwa der Internetkriminalität, verschärft das Problem zusätzlich.

Gleichzeitig bleibt festzustellen, dass auch in den ländlich geprägten Regionen des Landes eine Polizeipräsenz ausreichend sichergestellt bleiben muss. Polizeifreie Zonen sind, auch in der Fläche, nicht hinnehmbar.

Insgesamt bestehen in der gesamten Landespolizei keine Spielräume für eine Reduzierung im Personalbestand. Dies gilt auch für die Wasserschutzpolizei mit einer Sollstärke von schon heute nur 266 Beamtinnen und Beamten.

Die Landesregierung hat ihrer Verantwortung, nämlich die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, nachzukommen.

Astrid Damerow und Fraktion